

# Intelligenz- und Wochenblatt Frankenberg mit Sachsenburg und Umgegend.

N<sup>o</sup> 27. Sonnabend, den 3. April. 1852.

## Verordnung

das verbotswidrige Gebahren mit k. k. österreichischer Scheidemünze betreffend.

Ungeachtet nach der Verordnung vom 22. August 1849 (Seite 177 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1849) für hiesige Lande der Umlauf der k. k. österreichischen Sechskreuzerstücke vom Jahre 1840 unbedingt verboten, der unter früherem Jahrgange ausgeprägten hingegen nur im Grenzverkehre geduldet ist, hat doch neuerdings deren Verbreitung an mehreren Orten des Landes in bedenklicher Weise überhand genommen. Die unterzeichneten Ministerien sehen sich demnach veranlaßt, mit nachstehenden geschärften Vorschriften dagegen einzuschreiten.

Bei Vermeidung der §§ 1 und 2 des Münzpolizeigesetzes vom 22. Juli 1840 angedrohten Strafen wird hierdurch das Einbringen aller und jeder Scheidemünze k. k. österreichischen Gepräges verweigert, daß Jeder, der davon beim Uebertreten über die Grenze einen Nominalbetrag von mehr als drei Gulden österreichisch bei oder mit sich führt, als Uebertreter des Gesetzes betrachtet und zur Bestrafung gezogen werden soll.

Sammtliche Zoll- und Postbehörden, ingleichen die Directionen der Staatsbahnen, werden hierdurch angewiesen, im Verkehre aus dem Auslande das Einführen solcher Münzsorten auf das Sorgfältigste zu überwachen und überwachen zu lassen, auch die etwa betreffen werdenden verbotswidrigen Scheidemünzbeträge und verästelten Geldsendungen, unter Anzeige des Vorfalles, sofort an die zuständige Verwaltungsbehörde zu Einleitung des weiteren Verfahrens abzugeben.

Es bewendet bei dem in der Verordnung vom 22. August 1849 ausgesprochenen unbedingten Verbote der k. k. Sechskreuzerstücke mit dem Gepräge von 1849.

Dagegen ist die durch dieselbe Verordnung hinsichtlich des Grenzverkehrs ausgesprochene Duldung der von dem Jahre 1849 geprägten k. k. österreichischen Scheidemünze vom 15. April d. J. an

auf den eigentlichen Grenzverkehr, d. h. auf den unmittelbaren Verkehr der Grenzanhänger unter sich und auch hier (vergl. § 21 des Gesetzes vom 21. Juli 1840) nur auf den Gebrauch als Scheidemünze, d. h. zu kleineren Zahlungen zur Ausgleichung zu beschränken und daher die Verwendung auch der für den Grenzverkehr geduldeten Sechskreuzer außerhalb desselben, sowie im Grenzverkehre zu Zahlungen über 5 Ngr. vom 15. April d. J. an bei Vermeidung der in §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 22. Juli 1840 angedrohten Strafen unbedingt untersagt. Sammtliche Behörden werden zur strengsten Handhabung dieser Bestimmungen und unmisslichen Befolgung der Contravenienten hierdurch besonders angewiesen.

Um hiemit das Publikum vor größeren Verlusten zu bewahren und ihm Gelegenheit zu geben die fraglichen Scheidemünzen zu verwerthen, ist die Königl. Münze zu Dresden ermächtigt worden, österreichische Sechskreuzerstücke, welche im Banco-Münzhaus angeboten werden, gegen Baarzahlung in Courant oder Cassenblatts zum Silberwerthe, wie er bei der Probe auskommt, bis zum 1. Mai d. J. in Beträgen von mindestens 100 Ngr. anzunehmen.